

Group) gehören, der Rest bleibt bei der kongolesischen Regierung. Die Vorverarbeitung des Erzes muss in der DRK stattfinden.

Die Intransparenz rund um die Verträge ist in der kongolesischen Presse und bei der Opposition auf massive Kritik gestoßen. Nicht zuletzt die starke Kritik des Internationalen Währungsfonds, der eine erneute Verschuldung des Kongos befürchtet, hat dazu geführt, dass die Kreditzusagen für die Infrastrukturprojekte auf 3 Mrd. US-Dollar reduziert werden sollen. Auch wurden Zinsraten und garantierte Gewinnspannen der beteiligten chinesischen Unternehmen neu verhandelt. Es ist jedoch weiterhin nicht transparent, wie das Projekt voran geht. Immer wieder gibt es Presseberichte, laut denen der Ausbau der Infrastruktur ebenso wie die Erschließung der Minen den Zeitplänen weit hinterher hinkt. Ende des Jahres 2012 gab es eine Aufstellung, laut der 458 Mio. US-Dollar für diverse Infrastrukturprojekte ausgegeben worden sind. Weitere 540 Mio. US-Dollar wurden in Minenprojekte investiert, von diesen sind jedoch vermutlich rund 350 Mio. US-Dollar in Bonuszahlungen an die kongolesische Regierung und der Rest größtenteils in eine Machbarkeitsstudie geflossen. Zugleich gab es Neuverhandlungen auf chinesischer Seite, da die China Exim Bank, die das gesamte Projekt vorfinanzierte, aus dem Vertrag aufgrund zu großer Risiken aussteigen wollte.

Andererseits gibt es gegenteilige Berichte, laut denen der Wiederaufbau einiger Minen innerhalb des Projektes deutlich schneller voranzugehen scheint als geplant und zugleich insbesondere der Bergbauprovinz Katanga viele weitere multinationale Unternehmen ihre Produktion von Kupfer und Kobalt in den letzten Jahren massiv steigern konnten. Auch Straßen und Staudämme werden in mehreren Regionen derzeit aus- oder neugebaut, teilweise mit Beteiligung chinesischer Unternehmen.

Dies alles geschieht in einem äußerst schwierigen Umfeld, da viele der Rohstoffgeschäfte in der Demokratischen Republik Kongo weiterhin undurchsichtig sind, Korruption an der Tagesordnung ist und die politischen Instanzen nicht dazu in der Lage sind, den Sektor wirksam zu kontrollieren.

Unklare Situation

Es liegen nur sehr wenige Daten darüber vor, wie der aktuelle Stand der Projekte in der DRK ist. Neben den geschilderten und geplanten Großinvestitionen gibt es eine Vielzahl kleinerer Ansätze, die vom Bau einzelner Straßen bis hin zur Errichtung kleiner Wasserkraftwerke reichen. Darüber hinaus wird immer wieder über weitere Großprojekte, wie etwa dem Bau eines großen Staudamms oder den Kauf weiterer Minen, spekuliert. Um die Auswirkungen der chinesischen Investitionen im Kongo bewerten zu können, müsste deutlich mehr Transparenz darüber geschaffen werden, wie viele Finanzmittel tatsächlich ausgeschüttet wurden, für was sie ausgegeben wurden und welche der Projekte umgesetzt werden. All dies ist aus derzeit verfügbaren Zahlen und Datenmaterial nicht zu erschließen.

Gleiches gilt insbesondere im Minensektor auch für viele Projekte, an denen westliche Konzerne beteiligt sind. Dies belegt unter anderem ein Skandal aus dem Jahre 2013, um den Verkauf von Minen an dubiose Unternehmen in Steuerparadiesen. Die Käufer reichten die Minen sofort mit hohen Gewinnspannen an internationale (nicht-chinesische) Rohstoffkonzerne weiter: Die kongolesischen Bevölkerung hat dadurch vermutlich mehr als 1,3 Mrd. US-Dollar an potentiellen Einnahmen verloren.

Um Transparenz zu schaffen, müsste die Regierungsführung des Landes massiv verbessert werden. Auch benötigen die Menschen ein Mindestmaß an Sicherheit und staatlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung. Erforderlich dafür sind unter anderem die Bekämpfung der Korruption, der Ausbau von Verwaltungsstrukturen und der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats. Dies würde die Voraussetzung dafür schaffen, den Einwohnern des Kongos Rechenschaft darüber abzulegen, wer von den Projekten letztendlich am meisten profitiert - und welche überhaupt umgesetzt worden sind.

SÜDWIND

Seit über 20 Jahren engagiert sich SÜDWIND e.V. für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Das Institut deckt ungerechte Strukturen auf, macht sie öffentlich und bietet Handlungsmöglichkeiten durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen, Engagement in Kampagnen und Netzwerken oder Beraten und Begleiten von Aktionen für VerbraucherInnen.



Impressum
Bonn, November 2014

Herausgeber
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

AutorInnen:
Friedel Hütz-Adams, Patricia Weykopf
Redaktion und Korrektur:
Mara Mürlebach, Vera Schumacher
V.i.S.d.P.:
Martina Schaub
Gestaltung:
www.pinger-eden.de
Druck und Verarbeitung:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst, durch den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region und die Evangelische Kirche im Rheinland.



Foto: Fibonaccier/Flickr.com

Chinesisch-Afrikanische Partnerschaft

Das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo

Chinas Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist nicht neu. Es begann vielerorts bereits vor allem aus ideologischen Gründen kurz nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten. Seit China um die Jahrtausendwende im Zuge der „going global“-Strategie seine Direktinvestitionen in Übersee gezielter fördert, sind auch die wirtschaftlichen Beziehungen Chinas zu Afrika deutlich ausgebaut worden. Primärer Hintergrund dieser Politik war es, den wachsenden Rohstoffhunger der boomenden chinesischen Wirtschaft zu stillen. Große Infrastrukturprojekte und Investitionen im Rohstoffsektor stehen daher oft im Zentrum der Betrachtung. Kritisiert werden dabei häufig die schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Umweltstandards sowie die Tatsache, dass chinesische Investitionen und Entwicklungshilfe vorrangig den eigenen Wirtschaftsinteressen dienen. Doch das Bild ist differenzierter zu betrachten.

Handelspartner China

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) unterhält seit 1972 diplomatische Beziehungen mit China. Lange Zeit waren diese Beziehungen allerdings nicht sehr eng, weder politisch noch wirtschaftlich. Doch das Engagement chinesischer Unternehmen in der DRK hat in den vergangenen zehn Jahren massiv zugenommen.

Waren aus China sind mittlerweile auf allen Märkten verfügbar, chinesische Unternehmen kaufen Betriebe, bauen Infrastruktur oder gründen Handels- oder Mobiltelefonunternehmen. Darüber hinaus sind chinesische Unternehmen in den Abbau von Rohstoffen eingestiegen und wichtige Kunden für im Kongo tätige Exporteure von Kupfer, Kobalt, Zinn, Tantal oder Wolfram geworden.

Als Folge dieser Entwicklung haben sich die Handelsstrukturen stark verändert. Noch 1995 kauften Europa und die USA rund 80 % der aus der DRK exportierten Produkte, 2012 war der Anteil auf unter 20 % geschrumpft. Weniger stark sind die Verschiebungen bei den Herkunftsregionen von Importen in den Kongo. Dabei ist allerdings zu beachten, dass viele der aus anderen afrikanischen Staaten kommenden Waren nur Reexporte dieser Länder sind, was die Aussagekraft der Statistiken schwächt (siehe Tabellen).

Abnehmerregionen der Exporte der DRK (in %)

	1995	2005	2012	
Europa	61,4	59,3	18,1	Quelle: UNCTAD
USA	18,0	17,6	0,8	
Afrika	7,7	10,1	2,2	
Süd- und Ostasien	3,6	12,5	77,3	

Herkunftsregionen der Importe der DRK (in %)

	1995	2005	2012	
Europa	39,4	40,1	29,6	Quelle: UNCTAD
USA	6,4	4,2	4,3	
Afrika	27,8	44,1	37,2	
Süd- und Ostasien	21,1	5,9	23,3	



Unter den AbnehmerInnen aus Süd- und Ostasien ist China der mit weitem Abstand wichtigste: Im Jahr 2012 exportierte die DRK Waren im Wert von 3,5 Mrd. US-Dollar nach China, das entsprach 56 % der Gesamtexporte des Landes. Die 20 wichtigsten exportierten Produkte sind alles Rohstoffe und machen 99 % der Gesamtexporte aus. 34 % entfallen dabei allein auf unverarbeitetes Kupfer. Aus China wurden Waren im Wert von 838 Mio. US-Dollar in die DRK importiert. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, da die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und der DRK noch vor 15 Jahren einen sehr geringen Umfang hatten.

Schwierige Rahmenbedingungen

Die chinesischen Unternehmen arbeiten in der Demokratischen Republik Kongo in einem äußerst schwierigen Umfeld. Dazu trägt nicht nur die schlechte Sicherheitslage bei: weite Teile im Osten des Landes werden von der Regierung militärisch weiterhin nicht wirksam kontrolliert. Hinzu kommt die mangelhafte Infrastruktur. In dem Land mit einer Fläche, die mehr als sechsmal so groß ist wie Deutschland, sind nur wenige Tausend Kilometer der Straßen asphaltiert und es gibt nur wenige Bahnlinien, die zudem in einem sehr schlechten Zustand sind. Weite Teile der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser oder zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung, das Schulsystem ist ebenfalls marode. Das Kommunikationsnetz besteht aus nur wenigen Festnetzleitungen, wurde allerdings in den letzten Jahren durch die massive Verbreitung von Mobiltelefonen und den Aufbau von Funknetzen schnell ausgebaut. Ein weiteres Investitionshemmnis ist der Mangel an Energie, da weite Teile des Landes nicht an ein Stromnetz angeschlossen sind und die vorhandenen Stromerzeugungskapazitäten nicht ausreichen, um den bereits existierenden Bedarf zu decken.

All dies sind neben dem langjährigen Bürgerkrieg und der weit verbreiteten Korruption Gründe dafür, warum die Lebenssituation der rund 67 Mio. Einwohner des Landes weiterhin sehr schlecht ist. Die Lebenserwar-

tung liegt bei lediglich 49 Jahren, auf dem Entwicklungsindex der Vereinten Nationen belegt das Land den vorletzten Platz von 187 erfassten Staaten.

DR Kongo

Einwohnerzahl (2013)	67 Mio.
Davon jünger als 15 Jahre (2013)	45 %
Fläche (2013)	2.267.050 km ²
Einwohner je km ² (2013)	30
Bevölkerung mit weniger als 1,25 US\$ pro Tag 2002-2012	87,70 %
Lebenserwartung (2012)	49 Jahre
Alphabetisierungsrate Erwachsene 2005-2012	61 %
Einschulungsraten in Grundschulen 2003-2012	111 %
Einschulungsraten weiterführende Schulen 2003-2012	43 %
HDI 2013 (Weltrang von 187 Staaten) *	186
BIP (2013)	30,6 Mrd.
BIP pro Kopf (2013)	454 US-Dollar
BIP-Wachstum pro Kopf 2013	5,60 %
Exporte gemessen am BIP (Anteil in %) (2009)	27,40 %
Importe gemessen am BIP (Anteil in %) (2009)	36,90 %

* HDI (Human Development Index): Menschlicher Entwicklungsindex, berechnet aus Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung und Bildungsstand.

** BIP (Bruttoinlandsprodukt): Wert aller in einem Jahr produzierten Waren und Dienstleistungen.

Quellen: UNDP, World Bank

Chinas Investitionen

Viele PolitikerInnen in der DRK haben den Ausbau der Handelsbeziehungen mit China unterstützt. Sie sehen in einer engeren Zusammenarbeit mit China die Möglichkeit, alte Ausbeutungsstrukturen, die zum Teil noch aus der Kolonialzeit herrühren, abzulösen und mehr Freiraum zu gewinnen (siehe Kasten).

In den Jahren 2002 bis 2006 dominierten anfänglich kleine Unternehmen aus China den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Vornehmlich konzentrierten sich diese auf den Aufkauf von Rohstoffen und den Verkauf von Produkten aus China, jedoch gab es auch erste Investitionsprojekte, wie bspw. den Ausbau von Straßen.



Flankiert wurde dieser neue Trend durch die chinesische Regierung. Diese schickte 200 Soldaten für die Friedensmission der Vereinten Nationen (MONUC), lieferte Waffen und kooperierte mit dem kongolesischen Militär.

Ein Blick zurück in die Geschichte verdeutlicht die Belastungen in den Beziehungen der BewohnerInnen des Kongobeckens zu den europäischen Staaten. Im 15. und 16. Jahrhundert wurden Millionen von Menschen aus dem Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo als SklavInnen nach Amerika gebracht oder starben bei der Jagd nach SklavInnen. In der Region bestehende staatliche Strukturen wurden zerstört.

Die Grenzen des Staates entstanden bei der Berliner Konferenz im Jahr 1885. Das heutige Staatsgebiet der Demokratischen Republik Kongo wurde in den Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. übergeben. Dieser plünderte das Land bis 1908 aus. In dieser Zeit starben Millionen Menschen. Nach internationalen Protesten gegen die Zustände in der Kolonie übernahm 1908 die belgische Regierung das Gebiet und beutete es – wenn auch weniger brutal als zuvor Leopold II. – weiter aus. Nach dem chaotischen Ende der Kolonialherrschaft (1960) und der Ermordung des ersten Regierungschefs, Patrice Lumumba, durch Rebellenruppen und ausländische Geheimdienste, kam mit massiver Unterstützung westlicher Staaten im Jahr 1965 Mobutu Sese Seko an die Macht. Dieser kooperierte im Kalten Krieg eng mit westlichen Regierungen und ermöglichte Konzernen aus diesen Ländern Zugriff auf die Rohstoffe seines Landes.

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges ließen die westlichen Unterstützerstaaten Mobutu fallen, duldeten zuvor jedoch die massiven Menschenrechtsverletzungen, Diktatur

und Korruption. Mobutu geriet unter Druck, da er Aktivitäten von Rebellenorganisationen aus Nachbarländern auf seinem Staatsgebiet zuließ und zugleich politische Reformen verweigerte. 1996 musste er fliehen, als Rebellenruppen mit massiver Hilfe mehrerer östlicher Nachbarstaaten in den Ostkongo einmarschierten, im Mai 1997 übernahm Rebellenführer Laurent Kabila die Macht in Kinshasa.

1998 brach ein weiterer Krieg aus, in den die Nachbarstaaten eingriffen. Die Regierungen mehrerer Staaten warfen der kongolesischen Regierung vor, erneut Rebellenorganisationen zu unterstützen, die in ihren Ländern operierten. Andere Staaten unterstützen die kongolesische Regierung mit Soldaten. Im Jahr 2003 wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, seit 2007 ist eine im Vorjahr gewählte Regierung unter Joseph Kabila, der seinen Vater nach dessen Ermordung im Januar 2001 beerbt hatte, an der Macht. Derzeit ist offen, ob Kabila entgegen den Bestimmungen der Verfassung für eine dritte Amtszeit kandidiert, was zu einer erneuten Krise führen könnte.

Die direkten und indirekten Folgen des Krieges haben rund 6 Mio. Menschen das Leben gekostet. Die Infrastruktur des Landes ist in weiten Teilen nicht mehr vorhanden, Regierungsstrukturen haben sich aufgelöst und die Lebenssituation der Menschen ist äußerst schlecht. Während viele Menschen im Kongo westliche Regierungen für diese Entwicklung mitverantwortlich machen, war China weder an der Kolonisierung noch der späteren Ausplünderung des unabhängig gewordenen Landes beteiligt.

Nachdem der Boden durch die kleinen Unternehmen und politische Unterstützung bereitet war, zogen die größeren chinesischen Unternehmen nach. Bemerkenswert ist dabei der Umfang der Projekte. Bereits 2006 und 2007 unterschrieben chinesische Unternehmen zwei Verträge über den Ausbau der Stromnetze, die einen Wert von rund 1 Mrd. US-Dollar hatten.

Mitte 2007 wurde ein noch weit größeres Geschäft vereinbart. Chinesische Unternehmen sollten in großem Umfang Infrastrukturprojekte bauen. Geplant waren unter anderem:

- 3.200 Kilometer Eisenbahntrassen;
- 3.400 Kilometer Autobahnen;
- 3.500 Kilometer kleinere Straßen;
- 31 Krankenhäuser und 145 Gesundheitsstationen;
- 2 Universitäten;
- 5.000 Sozialwohnungen.

Das Gesamtvolumen der Projekte sollte bei rund 6,6 Mrd. US-Dollar liegen.

Die Bedeutung, insbesondere der Infrastrukturprojekte, kann kaum überschätzt werden. Bei Vertragsabschluss gab es keine Straßen oder Eisenbahnlinien, die das Land von Ost nach West oder von Nord nach

Süd durchqueren. Der Ausbau der Infrastruktur hätte große Auswirkungen auf weite Teile der Wirtschaft. So würden beispielsweise FarmerInnen und das Kleingewerbe aus abgelegenen Gebieten die Möglichkeit erhalten, ihre Waren leichter als bisher und damit auch wesentlich billiger auf die Märkte in den Städten zu transportieren.

Geforderte Gegenleistungen

Die Verträge zwischen China und der Demokratischen Republik Kongo sehen vor, dass die China Exim Bank die Kredite für die Infrastrukturprojekte vergibt, die größtenteils von chinesischen Unternehmen durchgeführt werden sollen. Im Gegenzug erhalten chinesische Unternehmen Förderrechte und damit die Genehmigung, große Minen aufzubauen. Sie verpflichteten sich, rund 3,25 Mrd. US-Dollar in den Neuaufbau bzw. den Ausbau von Minen zu investieren. Die Unternehmen sollen erhebliche Anteile an der, unter dem Dach der staatlichen Gecamines zusammengeschlossenen, Kupfer-, Kobalt-, Zink- und Uranförderung zuerkannt bekommen: In Zukunft sollen 68 % des Joint Ventures chinesischen Firmen (Sinohydro und China Railway